

Sommaruga eröffnet den runden Tisch

VERDINGKINDER Nachdem einige Betroffene eine Teilnahme abgesagt hatten, gibt es jetzt neue Hoffnung auf Gespräche. Das Netzwerk Verdingt sitzt wieder am Tisch.

SERMİN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Am kommenden Donnerstag wird der Urner alt Ständerat Hansruedi Stadler bekannt geben, wann der erste runde Tisch zum Verdingkindwesen stattfindet. Schon jetzt ist klar, dass an diesem ersten Treffen auch Justizministerin Simonetta Sommaruga teilnehmen wird, wie Stadler bestätigt. «Dieser Termin ist mit Frau Bundesrätin Sommaruga koordiniert», sagt er. «Damit will sie ganz bewusst auch die Bedeutung des runden Tisches unterstreichen.»

Nötig geworden war diese Geste, nachdem es von Seiten der Betroffenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Veranstaltung gegeben hatte. So hatte das Netzwerk Verdingt, ein Verein von Betroffenen, seine Teilnahme abgesagt. Nach erneuten Gesprächen will er nun aber doch an den Gesprächen teilnehmen, wie Präsident Walter Zwahlen die Recherchen der «Zentralschweiz am Sonntag» bestätigt.

Offizielles Mandat gefordert

Noch zögerlich gibt sich Sergio Devecchi. Auch er hatte dem runden Tisch eine Abfuhr erteilt. Für das ehemalige Heimkind, das später zum geachteten Heimleiter wurde, ist dieser zu wenig konkret. «Der runde Tisch müsste eine vom Bundesrat beauftragte Einrichtung mit klarem Mandat der Landesregierung sein», sagt Devecchi. Dass Sommaruga

Stadler den Auftrag erteilt hat, reicht dem Tessiner nicht. Der Bundesrat müsse den runden Tisch in Kraft setzen und definieren, welche konkreten Lösungen er erarbeiten soll, etwa eine Regelung zur finanziellen Entschädigung, die Einrichtung eines Härtefallfonds und ein Mandat für die Art und den Umfang der historischen Aufarbeitung. «Ausserdem braucht der runde Tisch ein Sekretariat und ein konkretes

Budget», findet Devecchi. «Erst das würde zeigen, dass der Bundesrat den politischen Willen hat, diese Missbräuche aufzuarbeiten.»

Wenn seine Bedingungen erfüllt seien, werde Devecchi – so er denn überhaupt eingeladen werde – am runden Tisch teilnehmen. «Ansonsten besteht die Gefahr, dass wir Betroffenen verheizt werden», sagt er. «Die Erwartungen der Opfer im Land sind enorm. Als ihr Ver-

treter muss ich einhundertprozentig sicher sein, dass man hinter dem Gremium stehen kann. Sonst droht man zum Verräter an den Opfern zu werden.»

«Einmal mehr unterlegen sein»

Das bestätigt der Historiker Thomas Huonker: «Die Weigerung einiger Betroffener am runden Tisch teilzunehmen gründet in der Furcht, der dort vertretenen Übermacht von Politikern und

Rechtsnachfolgern der Täter einmal mehr unterlegen zu sein.» Huonker befasst sich seit Jahrzehnten mit dem Verdingkindwesen und dem Umgang mit administrativ Versorgten. Angesichts der vorherrschenden Befürchtungen plädiert er für einen kleinen, kompetenten und mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten runden Tisch. «So können die offenen Fragen schnell und effizient geklärt werden.»

Betroffene diskutieren mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga bei einem Gedenk Anlass für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen von Mitte April in Bern.

Keystone/Peter Klaunzer

